Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehrt, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 58. | Donnerstag, den 11. März 1926. | 84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 10. März. Gestern abend fand auf dem Karlsplatz eine Massenkundgebung zum Volksbegehren statt, hernach ein Umzug durch mehrere Straßen der Stadt. In dem Zuge bewegten sich einige Automobile mit Fackelträgern. An den nötigen Plakaten mit Aufschriften gegen die Fürsten fehlte es natürlich auch nicht. Der Zug wirkte vielfach verkehrshemmend. Die Weiblichkeit mit roten Mützen war ziemlich stark vertreten.

Berlin, 10. März. Der Entwurf der Reichsregierung über das Reichsverwaltungsgericht sieht seine Angliederung an das Reichsgericht in Leipzig vor.

Für Berücksichtigung der württ. Industrie.

Die Abgeordneten Dr. Beißwänger, Schott und Roos haben folgende Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Wie wir hören, ist man zurzeit im Reichswirtschaftsministerium damit befaßt, Richtlinien für die Gewährung einer Ausfallbürgschaft des Reichs und der Länder in Höhe von 300 Millionen für Lieferungen nach Rußland aufzustellen. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung nachdrücklichst dafür einzutreten: 1. Daß bei der betreffenden behördlichen Organisation, die mit der Durchführung der Angelegenheit betraut werden soll, auch Württemberg mit Rücksicht auf seine bedeutende und leistungsfähige Ausfuhrindustrie entsprechend vertreten ist? 2. Daß bei der Austeilung der in Frage kommenden Garantiescheine nicht bloß die Großindustrie im Norden und Westen des Reichs, sondern ebenso die württ. Industrie im Interesse der Arbeitsbeschaffung möglichst stark berücksichtigt wird? 3. Darauf zu dringen, daß die Großbanken für die Abwicklung der Geschäfte kein Monopol erhalten, und jedenfalls auch mittleren und kleineren Banken, wie sie besonders in Württemberg vertreten sind, die Möglichkeit einer Beteiligung gesichert wird?

Die Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg.

Stuttgart, 9. März. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg schreibt das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Die Arbeitsmarktlage hat sich im Lande weiterhin einigermaßen verschlechtert, am meisten neben der Metall- und Maschinen-Industrie, in der wohl nur noch wenige Betriebe (z. B. in Heidenheim und Backnang) voll arbeiten, in der Textil- und in der Schuhindustrie. Eine leichte Besserung dagegen machte sich bemerkbar in den Zementfabriken, den Ziegeleien und Steinbruchbetrieben, teilweise auch in der Möbelindustrie und bei den Sägewerken. Im Baugewerbe selbst macht die Belebung trotz der günstigen Witterung nur langsame Fortschritte. Weitaus am lebhaftesten ist die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft; namentlich weibliche und jugendliche konnten nicht in genügender Anzahl vermittelt werden. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist von etwa 47 000 am 15. 2. auf fast 49 000 am 1. 3. gestiegen. Auffallend — um 22 Prozent — ist die Zahl der weiblichen Erwerbslosen in die Höhe gegangen, die jetzt fast 9000 erreicht, während die Steigerung bei den Männern nur etwa 1 Prozent beträgt. Die Zunahme der Erwerbslosen, und vor allem die der weiblichen, ist wohl in erster Linie auf die weitere Verschlechterung in der Textilindustrie zurückzuführen. Was das Verhältnis der Zahl der Erwerbslosen zu der Zahl der Krankenversicherungspflichtigen betrifft, in denen die Erwerbslosen weniger als 5 Prozent der Krankenversicherungspflichtigen ausmachen, dieselben geblieben wie Mitte Februar, d. h. außer den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken die Arbeitsamtsbezirke Friedrichshafen, Hall, Reutlingen-Tübingen, Balingen-Ebingen, Ravensburg, Stuttgart (4 Prozent) und Heidenheim; 5—10 Prozent hatten Eßlingen, Feuerbach, Ludwigsburg, Rottweil-Schwenningen, Nagold, Saulgau, Aalen, Backnang, Calw, Freudenstadt, Göppingen, Kirchheim, Ulm (8 Prozent); Geislingen, Metzingen, Vaihingen, Heilbronn (10 Prozent) Oberndorf-Schramberg, Schorndorf, Waiblingen; 11—15 Prozent Rottenburg, Mühlacker, Böblingen, Nürtingen, Gmünd, Herrenberg, Neuenbürg; 16 Prozent Leonberg; 17 Prozent Tettlingen.

Angriffe gegen einen Volksschullehrer.

Berlin, 9. März. In einer kleinen Anfrage deutschvölkischer Landtagsabgeordneter wurde Beschwerde darüber geführt, daß die Universität Bonn als Lehrer der italienischen Sprache Dr. Bertoldi angestellt habe, der als bekannter Faschist in der Bekämpfung des Deutschtums in Südtirol sein möglichstes getan habe. Wie der amtliche preußische Pressedienst der Antwort des preußischen Kultusministers entnimmt, wurden die Angaben über Dr. Bertoldi bereits in mehrfachen Zuschriften des Rektors der Bonner Universität an die Presse richtig gestellt. Hiernach liegt für die Annahme, daß Dr. Bertoldi deutschfeindlich sei, kein Anlaß vor. In Uebereinstimmung mit dem Auswärtigen Amt und den akademischen Körperschaften der Universität Bonn sieht der Minister weder persönliche noch sachliche Bedenken gegen die fernere Tätigkeit Bertoldi's an der Bonner Universität.

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 9. März. Der Hauptausschuß des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fort. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ging ausführlich auf die Wünsche der einzelnen Parteien ein. Er betonte, daß der Personalabbau im Reichswirtschaftsministerium allzu radikal gewesen sei. Er glaube nicht, daß die vorhandenen Kräfte ausreichten, wenn die Aufgaben der unmittelbaren Zukunft gelöst werden sollten. Dazu rechne er in erster Linie die Wirtschaftsenquete. Die internationale Wirtschaftslage stehe vor einer neuen Gestaltung. Die ganze Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen müsse im Wirtschaftsministerium konzentriert werden. Die eigentliche Führung der Verhandlungen müsse aber beim Auswärtigen Amt bleiben. Dem Wirtschaftsministerium lägen aber die notwendigen innerpolitischen Ausnützungen und Auswirkungen der Handelsvertragsverhandlungen ob. Die Verhandlungen mit Frankreich hätten bereits zu weitgehenden Übereinstimmungen geführt. Es ständen aber noch große Positionen offen. Bezüglich der Verhandlungen mit Spanien erklärte der Minister, daß auf einen neuen deutschen Vorschlag bisher von Spanien nicht geantwortet worden sei. Die Ursachen für die ungenügenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen seien bei der polnischen Regierung zu suchen. Die Kartellpolitik müsse auf eine tragfähige Basis gestellt werden. Zu diesem Zweck sei eine Sachverständigenkommission für die Revision der Kartellverordnung im Ministerium eingesetzt worden. Zu der Frage des Preisabbaus erklärte der Minister, daß die Regierung ihren Gesetzesentwurf nicht zurückziehen, sondern verbessert vorlegen werde. Aus der Wohnungszwangswirtschaft müsse man so rasch als möglich herauskommen und die Mieten langsam steigern. Er hoffe, daß die in diesem Sommer rückzahlbaren Reichskredite eine Weiterverlängerung erfahren würden. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung ersucht, Beobachtungen über den Grad der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft anzustellen. Ferner beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, die Vereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium vorzubereiten.

Ausland.

Genf, 10. März. In einer Darlegung des Schweizer Standpunktes zur Ratserweiterung betont das „Journal de Geneve" nochmals, daß die Schweiz sich jeder Erweiterung widersetzen würde, die über die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland hinausgehen würde. — Am Dienstag nachmittag ist unter Führung von Kommerzienrat Röchling eine Abordnung aus verschiedenen parlamentarischen Mitgliedern aus dem Saargebiet eingetroffen, um die Wünsche der Saarbevölkerung durchzusetzen. — Der chinesische Vertreter in Genf hat gestern nochmals die Ansprüche Chinas auf einen Sitz im Völkerbundsrat betont.

Rom, 10. März. Mussolini hat wieder einmal eine Rede zu Gunsten starker militärischer Rüstungen gehalten. Im Senat wurden die bereits genehmigten Vorlagen über die Heeresreform nach empfehlenden Ansprachen der Generale Cadorna und Diaz angenommen. Außer ihnen ließ sich auch der Duce vernehmen. Er wies auf die Unsicherheit der Zeiten hin. Deshalb heiße es für Italien, gerüstet und bereit zu sein. Der Senat spendete natürlich großen Beifall.

Neuauffindung gefälschter 1000-Francs-Noten.

Budapest, 10. März. Ueber den Fund weiterer gefälschter 1000-Fr.-Noten wird gemeldet: Der Präsident der Staatsanwaltschaft erhielt gestern vormittag ein anonymes Schreiben des Inhalts, die von den Franzosen gesuchten restlichen 1000-Fr.-Noten befänden sich in einem Koffer in der Garderobe des Westbahnhofs. Dem Brief lag ein Gepäckschein bei. Der Staatsanwalt verständigte sofort die entsandten französischen Herren, mit denen sich zwei Beamten zum Westbahnhof begaben, wo sie den Koffer übernahmen. Seine Oeffnung förderte ein Zeitungspaket mit drei großen Bündeln sortierter falscher 1000-Fr.-Noten zu Tage, insgesamt 6674 Stück. Es wurde festgestellt, daß der Koffer erst vor drei Tagen im Westbahnhof hinterlegt worden war.

Eine polnische Liquidationsnote.

Warschau, 9. März. Die polnische Regierung hat die Reichsregierung benachrichtigt, daß sie bereit sei, die Liquidation derjenigen Güter einzustellen, die in Polen geborenen Deutschen gehören. Ferner teilte die polnische Regierung mit, daß sie bereit sei, die Liquidation des Großbesitzes über 40 000 Hektar und des Mittelbesitzes über 5000 Hektar einzustellen.

Demonstration gegen Sadoul.

Paris, 10. März. Eine „Vereinigung geistiger Arbeiter" hatte gestern abend eine Versammlung angesetzt, in der neben anderen auch der frühere Hauptmann Sadoul sprechen sollte, der wegen seines Uebergehens zu den Bolschewisten unter der Anklage des Landesverrats gestanden hatte. Um 9 Uhr waren ungefähr 14 000 Personen im Saale anwesend, unter ihnen zahlreiche nationalistische Camelots du Roi. Kaum hatte der erste Redner das Wort ergriffen, so fingen diese jungen Leute einen Skandal an und bewarfen den Redner mit Schimpfworten. Die Versammlungsleiter holten die Polizei herbei. Etwa 60 Polizisten versuchten den Saal zu räumen. Es kam zu einer wilden Rauferei. Tische, Stühle, Scheiben und Lampen wurden zerbrochen. Mit Knüppel und Stöcken wurde dreingeschlagen. Es gab eine große Anzahl Verwundeter. Mehrere der Radaubrüder wurden verhaftet.

Briands neues Kabinett.

Paris, 10. März. Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Briand, Justiz: Laval, Krieg: Paul Painlevé, Marine: Georges Leygues, Inneres: Malvy, Finanzen: Raoul Peret, Kolonien: Leon Perrier, öffentlicher Unterricht: Lamoureux, öffentliche Arbeiten: de Monzie, Handel: Daniel Vincent, Arbeiten: Durafour, Ackerbau: Jean Durand. Briand gedenkt, die neue Regierung schon heute morgen dem Präsidenten der Republik vorstellen zu können. Er würde in diesem Fall dann sofort wieder nach Genf fahren und etwa am nächsten Montag mit der Regierungserklärung vor dem Parlament erscheinen. Die Neubildung des Kabinetts durch Briand wird daher mit größter Genugtuung aufgenommen. Die rasche Lösung der Krise beseitigt die in weiten politischen Kreisen gehegte Befürchtung, die Stellung Frankreichs bei den Genfer Verhandlungen könne in Abwesenheit Briands nicht richtig verteidigt werden. Es scheint, daß Briand bereits morgen wieder an der Völkerbundstagung teilnehmen kann. Alle anderen Bedenken und Sorgen treten in den Hintergrund. Die politische Stellung des neuen Kabinetts weist darauf hin, daß sich Briand auf eine nach rechts erweiterte Konzentrationsmehrheit stützen will, ohne auf die Sozialisten angewiesen zu sein. Briand und Painlevé vertreten als sozialistische Republikaner den linken Flügel der Mehrheit, während Georges Leygues weit mehr nach der Kammermitte hin steht.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

Neuenbürg. Gemeinderatssitzung am 9. März 1926. Der Gemeinderat erklärt sich einverstanden mit dem Anstimmen des Bezirksrats betr. seinerzeitigen Uebergang der Abwasserleitung vom Krankenhaus an bis zu dem Schacht an der Marxzellerstraße, in welchen das Abwasser bis jetzt geführt ist.

Zur Unterbringung der Unfallmeldestelle und der Feuerwehralarmanlage im Rathaus sind im Erdgeschoß links einige bauliche Veränderungen im Voranschlag von etwa 1200 RM. notwendig. Der Gemeinderat erklärt sich nach Besichtigung an Ort und Stelle mit diesen Aenderungen einverstanden und beauftragt das Stadtbauamt mit der Ausführung.

Zu einem Gesuch der Kraftwagengesellschaft Neuenbürg und Schömberg betr. Betrieb einer Kraftfahrzeuglinie Neuenbürg—Schömberg über Waldrennach und Langenbrand wird vom Gemeinderat die Bereitwilligkeit ausgedrückt, die zu befahrenden städt. Straßen in einen für den Kraftfahrzeugverkehr geeigneten Stand zu setzen und während der Dauer des Betriebs in solchem zu erhalten. Ansprüche auf Beiträge zu den Wegunterhaltungskosten werden zurzeit nicht erhoben.

Die Stadtgemeinde hat im Jahr 1922 an den Württ. Staat den größten Teil des sogenannten Schnepf'schen Feldes an der Wildbaderstraße verkauft unter der Bedingung, daß das Grundstück zurückzugeben ist, wenn nicht bis 11. 11. 1926 mit dem Bau eines Oberamtsgebäudes begonnen ist. Das Bezirksbauamt Calw fragt nun an, wie sich die Stadtgemeinde zur Verlängerung dieser Frist stellt. Der Standpunkt des Gemeinderats wird dahin ausgedrückt, daß er eine Verlängerung der Frist für den Baubeginn nicht verantworten kann mit Rücksicht auf die ganz geringe sonstige Bautätigkeit heuer und das hiedurch herbeigeführte Darniederliegen des Baugewerbes in Stadt und Bezirk sowie im Hinblick auf die bestehende umfangreiche Erwerbslosigkeit im Allgemeinen.

Ueber die Frage des Abbaus einer Lehrstelle an der Volksschule, deren Entscheidung bis Februar zurückgestellt war, wird heute weiter beraten. In der Zwischenzeit hat die Lehrerschaft der Volksschule 9 Wochenstunden Unterricht an der Gewerbeschule zur Entlastung des Gewerbelehrers bis Herbst 1926 übernommen. Vom Gemeinderat wird beschlossen, die Frage des Abbaus einer Lehrerstelle im Herbst wieder zu prüfen, wenn sich übersehen läßt, ob die Inanspruchnahme der Lehrer der Volksschule für die Gewerbeschule nicht über diesen Zeitraum hinaus notwendig ist.

Die vom Vorsitzenden entworfenen und im technischen Ausschuß vorberatenen neuen Bestimmungen für die städt. Wasserversorgung mit angehängtem Tarif werden heute vom Gemeinderat durchberaten, nachdem jedes Mitglied in der letzten Sitzung ein Exemplar erhalten hat. Am Tarif werden noch einige Aenderungen getroffen. Neu ist, daß künftig Waschküchen, wie anderwärts, wasserzinsfrei sind; der Wasserzins für die Badezimmer zum Privatgebrauch, als seither zu hoch angesetzt, etwas zurückgesetzt wurde; in Gärten wird künftig diejenige Fläche zum Wasserzins herangezogen, für welche Wasser aus der Wasserleitung in irgend einer Art verwendet wird, einerlei, ob besondere Vorrichtungen benützt werden oder nicht. Die neuen Bestimmungen treten am 1. April 1926 in Kraft.

Der Sängervereinigung Freundschaft, deren Gesuch früher zurückgestellt wurde, die nun aber geltend macht, daß sie wegen der Vorbereitungen großes Interesse an der Stellung der Stadt hätte, wird aus Anlaß des Festes ihrer Fahnenweihe verbunden mit einem Gesangswettstreit eine Ehrengabe von 200 RM. bewilligt, ferner werden bewilligt zum Altmeisterdank 30 RM. und weitere 20 RM. zur Unterbringung hiesiger Altmeister in Bad Niedernau.

Beim letzten Staugenverkauf der Stadtpflege wurden nur 80 Prozent der Taxpreise erzielt, nachträglich bot jedoch ein anderer Liebhaber 100 Prozent für das ganze Quantum, dieser erhielt vom Gemeinderat den Zuschlag. Zum Schluß wurden noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt und die Sitzung nach 10 Uhr geschlossen. K.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Westen und Ausläufer der nördlichen Depression ringen um die Herrschaft. Unter diesen Umständen ist für Freitag und Samstag Fortsetzung des unbeständigen, zeitweise bedeckten und auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigten Wetters zu erwarten.

Engelsbrand, 10. März. (Frühjahrs-Konzert des Liederkranzes.) Trotz der Wirtschaftsnot und schweren Zeiten, trotz der großen Opfer an Zeit und Geld, welche für Sänger und Verein die Veranstaltung eines in allen Teilen wohlvorbereiteten Konzertes mit sich bringt, läßt es sich der Liederkranz nicht nehmen, seinen Mitgliedern und Freunden guter Musik ein Frühjahrs-Konzert zu bieten. Die Vortragsfolge ist auf einen volkstümlichen Ton eingestellt, zumal der Chorleiter des Liederkranzes in der Pflege des deutschen Volksliedes eine der vornehmsten und dankbarsten Aufgaben der Männergesangvereine erblickt. Gibt uns doch das Volkslied in seiner einfachen Größe soviel Tiefempfundenes, Keuisches und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reines, daß man es immer bevorzugen sollte vor schwierigen, tonlich starken Chören, die ja doch geistig und seelisch gar nicht oder nur ganz selten beherrscht werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht der für das diesjährige Gausängerfest in Maulbronn gewählte Preischor von Professor Rudolf Buck: „Lied der Freude", eine Perle der modernen Männerchor-Literatur. Durch die Mitwirkung von Konzertsänger Lillich aus Stuttgart (Tenor), der mit seiner fein kultivierten Stimme Werke von Strauß, Schubert, Schumann und Wagner singen wird, erhält das Konzert seine besondere künstlerische Note. Das dem Verein zu seinem Konzert von einem begeisterten Mitglied eigens angeschaffte Konzert-Piano wird auch das Seine dazu beitragen, den Besuchern einen ungetrübten Kunstgenuß zu bereiten. Möge der die Engelsbrander Sängerschar beseelende Idealismus in einer zahlreichen Zuhörerschaft seine Anerkennung finden!

Höfen, 10. März. Der „Musikverein" hielt am Sonntag, den 7. März, seine ordentliche Generalversammlung im Gasthaus zum „Ochsen" ab. Das große Interesse, das die hiesige Einwohnerschaft dem Verein entgegenbringt, zeigte sich wieder in dem starken Besuch derselben. Nach den üblichen Berichten, aus denen leider zu ersehen ist, daß der passive Mitgliederstand auf 165 zurückgegangen ist (jedenfalls eine Wirkung der schlechten wirtschaftlichen Lage), fanden die Wahlen statt. Diese brachten eine vollständige Neubesetzung der Vereinsleitung. Gewählt wurden als Vorstand Karl Fegert, Oberlehrer, als Schriftführer Franz Hilberer, Zimmermeister, als Kassier Karl Gäckle, Gemeinderat, als Beisitzer Karl Großmann, Gemeinderat und Gottlieb Leistner, Holzmeister von den passiven Mitgliedern und Karl Knöller, Willi Mettler, Otto Schrag und Hermann Mettler von den aktiven Mitgliedern. Die Leitung ist somit in sehr gute Hände gekommen und wollen die Herren ihre ganze Tatkraft zum Wohle des Vereins einsetzen. Die Versammlung war umrahmt von Musikvorträgen der Blas-Abteilung des Vereins, unter Leitung ihres bewährten Dirigenten, Herrn Max Eitel von Calmbach.

Württemberg

Nagold, 9. März. (Autolinie.) Gestern nachmittag sind die Vertreter des Gewerbevereins und der Stadt Nagold mit den Vertretern der Gemeinden Ober- und Unterjettingen, Deschelbronn und Rebringen auf dem Rathaus in Unterjettingen zusammengekommen, um die geplante Autolinie zwischen diesen Gemeinden weiter zu fördern. Bei einem Beteiligtenverhältnis der Amtskörperschaften Nagold und Herrenberg wie 1 zu 3 soll diese Linie nunmehr mit allen Mitteln durchgeführt werden. Die interessierten Gemeinden wollen aber trotzdem das 2. Projekt Nagold—Rebringen, wenn irgend möglich, ab 1. April als Probeunternehmen ins Leben rufen.

Warmbronn, OA. Leonberg, 10. März. (Vom Farren getötet.) Farrenhalter Wilhelm Hering wurde im Stall von einem Farren an die Wand gedrückt und dabei so schwer verletzt, daß er am Abend verschied

Heilbronn, 10. März. (Eine tollkühne Fahrt.) Gestern konnte man auf der Neckarbrücke eine Menschenansammlung beobachten, die mit langem Gesicht den Neckar abwärts blickte, denn dort sah man beim unteren Neckarwehr einen tollkühnen Paddler mit der reißenden Strömung auf Tod und Leben kämpfen. Mehr als einmal glaubte man, er würde mit den Wellen über das Wehr gerissen und bekäme den Lohn für sein verwegenes Beginnen. Doch er siegte, wohl unter Aufgebot aller Kräfte.

Schramberg, 10. März. (Warnung vor einem Schwindler.) Ende Februar wurde hier der 35 Jahre alte, von Wernigerode stammende Kellner Hermann Grohmann wegen Unterstützungsschwindeleien festgenommen. Er behauptete, er sei erst im Dezember 1925 aus französischer Gefangenschaft heimgekehrt und habe seine Frau, die ihn für tot hielt, wieder verheiratet angetroffen. Bei der Einlieferung ins Amtsgericht Oberndorf ist Grohmann flüchtig gegangen. Vermutlich setzt er seine Betrügereien fort, weshalb vor ihm gewarnt wird.

Ulm, 10. März. (Verurteilter Betrüger.) Wegen Betrugs, verübt durch die Presse, hatte sich der verheiratete Holzhändler Jakob Kurz von Ulm zu verantworten. Kurz ist wiederholt wegen widernatürlicher Unzucht und Betrugs vorbestraft. Er hatte in verschiedenen Zeitungen Inserate erlassen, in denen er junge Leute für gute Vertrauensstellung ev. Beteiligung unter Kautionsstellung suchte. Die Kautionen bewegten sich in der Höhe von 50—150 Mark, die nicht zurückbezahlt werden konnten. Kurz wurde wegen fortgesetzten, teilweise vollendeten, teilweise versuchten Betrugs, einschließlich einer vom Schöffengericht Ulm verhängten Strafe wegen widernatürlicher Unzucht zu der Gesamtgefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf drei Jahre aberkannt.

Leutkirch, 10. März. (Fatale Verwechslung.) Ein hiesiger Bäckermeister griff kürzlich, als er wegen Unwohlseins einen Schluck Branntwein nehmen wollte, aus Versehen nach einer Flasche Lauge. Der Schluck aus dieser Flasche verursachte bei ihm erhebliche Verbrennungen, die aber glücklicherweise nicht gefährlich sind. Er befindet sich wieder auf dem Weg der Besserung.

Isny, 10. März. (Sühne einer rohen Tat.) Bei dem Metzger und früheren Gastwirt Friedrich Vogt in Hosen, Gde. Wengen, war ein gewisser Berchthold als Metzgergehilfe in Stellung. Wegen Differenzen trat Berchthold aus dem Dienst bei Vogt. Als Berchthold in der damals von Vogt in Seltmanns betriebenen Wirtschaft einen vermeintlichen Lohnrückstand haben wollte, kam es zu einem länger andauernden Wortwechsel. Plötzlich schlug Vogt dem Berchthold einen Maßkrug an den Kopf, sodaß Berchthold zu Boden sank. In dieser wehrlosen Stellung erhielt Berchthold von Vogt noch weitere sechs bis sieben Schläge mit dem Maßkrug auf den Kopf und Fußtritte auf den Rücken. Dabei gebrauchte Vogt die Aeußerung, man solle den Berchthold nur in das Leichenhaus und ihn ins Zuchthaus verbringen. Zum Glück waren die Folgen für Berchthold keine schlimmen. Das Urteil lautete für Vogt auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten.

Essingen, OA. Aalen, 10. März. (Warnung.) Gegenwärtig bereisen mehrere Partien Hausierer in Autos die Gegend und haben es hauptsächlich auf die Landbevölkerung, kleine Beamte, Straßenwärter, Bahnwärter usw. abgesehen. Die Hausierer fahren in der Aufmachung besserer Herren vor und wer sich mit ihnen nur in ein Gespräch einläßt, oder ihre Waren, ganz minderwertige Kleiderstoffe oder Hemdenzeuge usw., besichtigt, ist ihnen meist rettungslos verfallen. Zwei bis vier Mann arbeiten sich, gut aufeinander eingespielt, in die Hände. Das Opfer wird mit Redensarten und Anpreisungen zugedeckt und halb bewußtlos geschwätzt und wenn es nachher wieder zum klaren Bewußtsein kommt, hat es ein Paket mit Schundwaren für einen Sündenpreis gekauft und einen Wechsel mit hohem Betrag, von dessen Handhabung die meisten keine Ahnung haben, unterschrieben, der dann in kurzer Zeit unbarmherzig, im Weigerungsfalle mit dem Gerichtsvollzieher, eingetrieben wird. Die Bevölkerung kann nicht eindringlich genug vor solchen Geschäftsleuten gewarnt werden.

Fichtenberg, OA. Gaildorf, 10. März. (Ein Unglück verhindert.) Von wirklichem Glück sagen können die zwei Insassen eines Personenkraftwagens, der abends zwischen 6 und 7 Uhr den Bahnübergang beim Bahnhof Fichtenberg passierte. Durch den Schneefall war die geschlossene, weißgestrichene Schranke schlecht zu sehen und die Fahrstraße außerordentlich glatt, sodaß die noch mehrere Meter vor der Schranke angezogene Bremse den Wagen nicht zu halten vermochte. Das Auto durchfuhr die Schranke und stand wenige Sekunden auf dem Bahngleis, als der Abendschnellzug gleichzeitig aus dem Schanztunnel herauskam. Dem unerschrockenen und raschen Eingreifen des auf seinem Posten befindlichen Streckenwärters, der dem Schnellzug mit der roten Fahne entgegeneilte, und dem die Situation sofort erfassenden Zugführer ist es zu danken, daß der Schnellzug wenige Meter vor dem Auto zum Halten kam. Die Insassen des Autos kamen mit leichteren Verletzungen davon, die vom Durchfahren der Schranke herrührten.

ep. **Zum 7. Bietigheimer Tag.** Am kommenden Sonntag wird beim 7. Bietigheimer Tag zur Auseinandersetzung zwischen Kirche und Sozialismus, anstelle des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheids-Berlin, dem es nicht möglich ist, zu kommen, als sozialdemokratischer Redner Oberlehrer Rais-Reutlingen sprechen, der sich auch in früheren Jahren beim Bietigheimer Tag beteiligt hat.

Baden.

Karlsruhe, 9. März. Um ½8 Uhr versuchten zwei Frauen bei der Haltestelle des „Kühlen Krugs" noch auf den schon im Gang befindlichen Wagenzug der elektrischen Straßenbahn aufzuspringen. Während der einen das gefährliche Experiment gelang, stürzte die andere, die 28 Jahre alte Ehefrau des Kaufmanns Gregor Obert in Daxlanden von der hinteren Plattform des zweiten Anhängewagens so unglücklich herunter, daß sie unter den Anhängerwagen geriet und ihr beide Beine abgedrückt wurden. Ein jugendlicher Hilfsarbeiter des Straßenbahnamts hatte die Geistesgegenwart, mit Taschentüchern die Beine der Verletzten abzubinden, so daß ein Verbluten der Frau verhindert wurde. Trotz der furchtbaren Verletzungen blieb die Frau bei voller Besinnung. Sie bat selbst noch um die telefonische Benachrichtigung ihres Mannes. Nach der Ueberführung der Frau ins Krankenhaus mußten sofort beide Unterschenkel amputiert werden.

Karlsruhe, 10. März. Einer skandalösen Erpressungsaffäre, bei der die in Karlsruhe namentlich in Vereinskreisen unter dem Namen Ellen Rousson bekannte Tänzerin die Hauptrolle spielt, ist die Karlsruher Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Es wurden in dieser Angelegenheit in diesen Tagen vier Personen festgenommen, der verheiratete 26 Jahre alte Kaufmann Kurt Moser aus Tilsit, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Unterschlagung von 25 000 Mark, die 25 Jahre alte ledige Tänzerin Anni Maria Beck, genannt Ellen Rousson, aus Stuttgart, wegen Erpressung, der geschiedene 40 Jahre alte Buchdrucker Eugen Marzian von Altona wegen Beihilfe zur Erpressung und Zuhälterei, und ein Dienstmädchen wegen Beihilfe zur Erpressung.

Berghaupten, 10. März. In dem Augenblick, als sich die Ehefrau des Hofbauern Joseph Kornmeier von einem ihrer Söhne, der nach Amerika auswandern wollte, verabschiedete, brach sie plötzlich zusammen, verlor die Sprache und starb nach kurzer Zeit.

Villingen i. B., 10. März. Den Bemühungen der hiesigen Gendarmerie ist es Ende letzter Woche gelungen, den wegen Betrugs und anderer Delikte steckbrieflich verfolgten Arbeiter Liebermann, der aus der Schweiz stammt, zu ermitteln und festzunehmen. Er wurde in Untersuchungshaft eingeliefert.

Vom Bodensee, 10. März. Die Industrie verträgt sich mit den Forderungen des Heimatschutzes nicht. Die charakteristische Zierde der Landschaft am Altenrhein, 170 Pappelbäume, müssen dem neuen Fluggelände zum Opfer fallen. Mit Betrübnis sieht die Schwanenkolonie an der Rheinmündung, daß es ihr immer schwerer wird, passende gut geschützte Nistplätze zu finden. Die heutige Schwanenkolonie am Bodensee hat einen Bestand von 50 Schwänen. Sie tummeln sich gesund und munter selbständig auf dem See herum und bereiten der ganzen Gegend viel Freude. Voriges Jahr machten einige davon einen Besuch vor Langenargen und schwammen dann wieder in ihr Quartier zurück. Diese Vögel sind durch das Jagdverbot geschützt. Im Sommer und Herbst finden die Schwäne genügend Nahrung am Seeufer und im Altenrhein, den Winter hindurch werden sie vielfach von den Uferanwohnern des Rheins und des Sees von Rheineck bis nach Stein hinunter gefüttert.

Vermischtes.

Hereingefallen. Ein heiratslustiger greiser „Jüngling" in Schwegenheim (Bayern) erhielt von einer Unbekannten Briefe, in denen sie ihm ein Stelldichein am Bahnhof bat. Er wartete einen halben Tag lang, bis die Briefschreiberin erschien. Nachdem sie beide in einem Lokal tüchtig geschwelgt hatten, mußte der Heiratslustige schließlich gewahr werden, daß er stundenlang mit einer verkleideten Mannsperson im stillen Eckchen geliebkost hatte. Die Gendarmerie fahndet eifrig nach den sensationslustigen jungen Leuten, die dem 65 Jahre alten Mann diesen Streich gespielt haben.

Wünschen Sie etwas zu verzehren? Für das reisende Publikum ist eine Verfügung neuesten Datums von Interesse, wonach die Bahnhofswirte jetzt berechtigt sind, die im Wartesaal sich aufhaltenden Personen zu fragen, ob sie etwas zu verzehren wünschen. Bisher war das den Bahnhofswirten nicht erlaubt.

Die Auswanderung aus Deutschland. Nach der vorläufigen Zusammenstellung, die das Statistische Reichsamt in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht, haben im Jahre 1925 62 643 Deutsche die Heimat verlassen. Diese Zahl ist etwas höher als die des Vorjahrs mit 53 328, aber erheblich niedriger als die von 1923 mit 115 416, nachdem die Auswanderung in den Jahren 1922 und 1921 rund 36 000 bzw. 23 000 betragen hatte. Gegenwärtig bewegt sich die Auswanderung auf mehr als der doppelten Höhe der Vorkriegsauswanderung, die seit 1896 (mit rund 120 000 Auswanderern) fast ohne Unterbrechung gesunken war. — Auf 100 000 Einwohner entfallen an Auswanderern: in Preußen 75, Bayern 101, Sachsen 75, Württemberg 190, Baden 201, Thüringen 84, Hessen 72, Hamburg 238, Oldenburg 163, Braunschweig 74, Anhalt 62, Bremen 435, Lippe 44, Lübeck 154, Mecklenburg-Schwerin 62, Mecklenburg-Strelitz 38, Waldeck 69 und in Schaumburg-Lippe 43.

Kämpfe mit Wilderern. Bei Eberswalde nördlich von Berlin stieß eine Streife der Schutzpolizei, die von einem Forstmann begleitet war, auf drei Wilderer, die zu fliehen versuchten. Die Beamten schossen auf die Fliehenden, von denen einer so schwer verwundet wurde, daß er bald darauf starb. Die beiden anderen konnten festgenommen werden. Bei Kaltenbrunn wurde der Brauereibesitzer Julius Koch aus Kronach (Bayern) erschossen aufgefunden. Wahrscheinlich ist er bei einem Kampf mit Wilderern getötet worden.

Aus Langeweile erhängt. Wie der „Lokalanzeiger" meldet, hat sich in Como ein Millionär aus Langeweile erhängt. In den Taschen seines Ueberziehers fand man ganze Pakete von Banknoten und einen Brief, in dem es heißt: „Ich nahm mir das Leben, weil ich die Langeweile und die Einsamkeit nicht länger ertragen kann."

Deutsche Seeleute im Ausland zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt. Aus Reval wird gemeldet: Kapitän Trost von dem deutschen Segler „Käthe", der bei Kunde einen Untergebenen des Grenzschutzes bei einer Amtsausübung auf dem Schiffsdeck durch einen Revolverschuß getötet hatte, wurde zu acht Jahren Zuchthaus, ein Mittäter, der Kapitän Konrad, zu zwei Jahren, und der Matrose Kunet zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Guter Ersatz. Zwei schon bejahrte Leute im Dorf hatten sich geheiratet. Bald nach der Hochzeit begegnete ein Bekannter der Frau, deren Mann im Schweiße seines Angesichts einen Handwagen voll Wäsche schob. „Eh", redete der Bekannte sie an, „ich dachte, nun Sie verheiratet sind, würden Sie das Waschen aufgeben." — „Ach nein", entgegnete die Frau, „die Zeiten sind noch zu schlecht. Ich hab den da" — sie wies auf ihren Mann — „ja nur geheiratet, weil ich mir sonst einen Esel fürs Geschäft hätte zulegen müssen."

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 5. März. Vor dem Schöffengericht stand heute Jakob Schweikart, geb. 20. Dez. 1904 in Loffenau und Gottlob Treiber, geb. 27. Okt. 1903 daselbst, wegen Diebstahls und Unterschlagung. Schweikart ist wegen Diebstahls schon mehreremal vorbestraft. In der Nacht vom 7. auf 8. Januar 1926 war Schweikart mit dem am 16. April 1906 in Gernsbach geborenen Karl Krauter in Loffenau zusammen und wurden die beiden einig, in die Wirtschaft zur „Krone" in Loffenau einzusteigen und Zigaretten für sich zu holen. Krauter ist heute noch flüchtig und konnte trotz steckbrieflicher Verfolgung bis jetzt nicht beigebracht werden. Schweikart gab die Tat vor Gericht zu. Er sei in die Wirtschaft eingestiegen, habe dort 500 bis 600 Zigaretten und 3 Mk. Geld an sich genommen und seien sie hernach mit einander weiter gegangen, um die Sachen zu verteilen. Im Monat November 1925 war Schweikart mit dem Gottlob Treiber von Loffenau zusammen und entlehnten beide bei der 34 Jahre alten verwitweten Emilie Herb von dort je einen Mantel, angeblich um Pferde abzuholen. Die beiden gaben aber die Mäntel nicht mehr an die Herb zurück, sondern verkauften dieselben um 10 und 15 Mark und verbrauchten diese 25 Mark für sich. Schweikert und Treiber waren der Tat geständig. Das Gericht erkannte gegen Schweikert unter Annahme mildernder Umstände auf eine Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten, gegen Treiber auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat und Tragung der Gerichtskosten. — Alfred Hettrich, geb. 28. Okt. 1906 zu Ennabeuren, OA. Münsingen, Mechaniker, hatte sich wegen Betrugs u. a. zu verantworten. Hettrich war im Jahr 1925 ohne Beschäftigung und traf mit einem Herrn Rohrbacher aus Göppingen zusammen. Rohrbacher stellte Hettrich als Provisionsreisenden in seinem Geschäft ein und ließ sich Hettrich während der Zeit verschiedene Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen. Hettrich war beschuldigt, auf den Bestellscheinen zu seinen Gunsten und zum Nachteile der Besteller, Abänderungen vorgenommen zu haben, und sich dadurch unrechtmäßigerweise in den Besitz von Bargeld zu seinem Lebensunterhalt gesetzt zu haben. Der Angeklagte gab im allgemeinen die ihm zur Last gelegten Handlungen zu und brachte vor, daß er eben öfters in Notlage gehandelt habe. Das Gericht erkannte gegen Hettrich auf 8 Wochen Gefängnis, sowie Tragung der Gerichtskosten. Sieben Wochen Gefängnis gelten als an der Untersuchungshaft verbüßt ab, sodaß Hettrich nur noch eine Woche zu verbüßen hat. — Vor dem großen Schöffengericht stand sodann Gustav Kobler, geb. 4. Juli 1879, verheiratet und wohnhaft in Talmühle, OA. Calw, wegen Betrugs. Kobler hat im Januar 1920 Heeresgut, aus dem Flugzeugwerk Böblingen stammend, an einen Mechaniker Eugen Kogel aus Stuttgart verkauft. Es handelte sich um 25 Stück Flugzeugapparate (Motore, Zünder usw. mit Zubehör) und einen Kaufpreis von 8000 Mark. Kobler gab heute an, daß er diese Gegenstände von einem ihm Unbekannten, seinerzeit in Böblingen, woselbst er einen Bruder habe, ebenfalls käuflich erworben und nach Talmühle verbracht habe. Kogel war als Käufer der Flugzeugapparate bei der heutigen Verhandlung der einzige zu vernehmende Zeuge. Er behauptete auf seinen Eid hin, daß er den Kobler gefragt habe, ob er ihm bestimmt versichern könne, daß diese Apparate rechtmäßig von der Heeresverwaltung erworben worden seien, und habe Kobler ihm erwidert: „Ja, ja". Als er aber nach dem Kauf von Kobler eine diesbezügliche Bescheinigung verlangt habe, sei es ihm nicht möglich gewesen eine solche zu erhalten, aus diesem Grunde habe er die Apparate auch nicht mehr verkaufen können und seien dieselben schließlich beschlagnahmt worden. Auf wiederholte Rücksprache mit Kobler in Talmühle habe er schließlich 10 000 Mark von der Kaufsumme zurückerhalten. Nach Verlesung verschiedener Protokolle auswärts vernommener Zeugen und nochmaliger Aeußerung des angeklagten Kobler stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag, Kobler mit 1000 Mark Geldstrafe, sowie Tragung der Kosten des Verfahrens zu bestrafen. Rechtsanwalt Stopper als Verteidiger des Kobler stellte Antrag auf Freisprechung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

FritzchensWunsch

Morgen wird er sieben Jährchen,
Fritz, der kleine Nimmersatt.
Mutter streichelt seine Härchen,
Fragt ihn, welchen Wunsch er hat.

Und er spricht ins Ohr ihr leise:
„Goldnes Mütterlein, — horch auf:
Dr. Oetker's Puddingspeise
Mit dem „Hellkopf" oben drauf!"

Kindern macht man wirklich eine große Freude, wenn man ihnen einen so gut schmeckenden und nahrhaften Oetker-Pudding vorsetzt. Einfach und leicht zu bereiten, ist er eine feine, auch von den Erwachsenen geschätzte Nachspeise. Ein Oetker-Pudding bereichert Ihren Tisch und läßt Sie leicht an anderer Stelle sparen.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben. Verlangen Sie ebendaselbst die beliebten Oetker-Rezeptbücher wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nicht erwiesen sei, daß Kohler vor dem Verkauf der Apparate dem Kogel falsche und irrtumerregende Mitteilungen über den Erwerb der Apparate gemacht habe. Kogel sei nach seiner eigenen Angabe, erst als er von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, an Kohler wegen der Beibringung der Bescheinigung über den rechtmäßigen Erwerb herangetreten.

Handel und Verkehr.

Pferdemärkte. Bernhausen a. F.: Zufuhr 80 Pferde, verkauft 20. Preis zwischen 500 und 1200 Mark. Handel lebhaft. — Zu Walder waren 103 Pferde zugeführt. Bei flauem Handel wurden folgende Preise notiert: Fohlen 300—500, mittlere Arbeitspferde 600 bis 800, jüngere 1000—1500 Mark.

Neueste Nachrichten.

Freiburg, 10. März. Nachdem im Befinden des früheren Reichskanzlers Fehrenbach bis zum Ende voriger Woche eine langsame, aber stetige Besserung eingetreten war, ist seit Anfang dieser Woche wieder eine Verschlimmerung eingetreten. Der Patient leidet infolge ungenügender Nahrungsaufnahme an erheblichem Kräfteverfall.

München, 10. März. Im Verlaufe der Beratungen im Plenum des bayerischen Landtags verließen während den Ausführungen des Nationalsozialisten Streicher, der auf das Dawesabkommen zu sprechen kam und erklärte, daß die Reichsbahnbeamten an die internationale Judengesellschaft verraten wurden, die Sozialisten und Kommunisten demonstrativ den Sitzungssaal.

München, 10. März. Bei einer Sprengübung auf dem Uebungsplatz der Pioniere in Freimann versagte die elektrische Leitung. Der an der Probesprengung beteiligte Obergefreite Stahl wollte nach dem Fehler sehen, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Stahl wurde in die Luft geschleudert und zerrissen.

München, 8. März. Seit drei Tagen tobt ein gewaltiger Schneesturm in den Bergen. Es sind zahlreiche Lawinen niedergegangen. Im Hirschberg bei Tegernsee ist ein Skiläufer namens Paul Wulz aus München durch eine Lawine tödlich verunglückt. Die Schneehöhe ist bedeutend. Auf der Stubai-Talbahn südlich von Innsbruck ist eine Lawine auf den Bahnkörper niedergegangen, sodaß der Verkehr bis jetzt unterbrochen werden mußte. Auch die Arlbergbahn ist durch mehrere Lawinen verschüttet worden.

Duisburg, 11. März. Zwei Straßenbahnangestellten, die Gebr. Pfeffer, erhielten gestern die Nachricht, daß ihnen die Erbschaft eines in Amerika verstorbenen Verwandten in Höhe von 13 Millionen Mark zugefallen sei.

Essen, 10. März. Das seitens der Gewerkschaften gekündigte Rahmenlohnabkommen in der rhein. chemischen Industrie ist in den Verhandlungen vor dem Hauptlarifamt in Berlin mit Wirkung vom 1. März ab in allen Punkten wieder in Kraft gesetzt worden. Kleine Abweichungen gegenüber dem bisherigen Stand wurden vereinbart hinsichtlich der Entlohnung für Heizer und Maschinisten, sowie hinsichtlich der unwesentlichen Bestimmung des Akkordvertrags.

Berlin, 10. März. Es ist die Frage aufgetaucht, ob eine beim Volksbegehren im Abstimmungsverfahren abgegebene Unterschrift zum Unterzeichner zurückgezogen werden kann. Wie wir auf Anfrage beim Reichsministerium des Innern erfahren, ist eine solche Zurücknahme der einmal abgegebenen Unterschrift ebensowenig möglich, wie nach einer Wahl die Stimmabgabe zurückgezogen oder geändert werden kann.

Berlin, 10. März. Laut „Germania" beschloß die Zentrumsfraktion des Reichstags, zur zweiten Lesung des Etats eine Entschließung einzubringen, worin die Reichsregierung um Prüfung der hervorgetretenen Mißstände im Schankstättenwesen ersucht wird. — In Berlin-Neukölln ist heute morgen eine 32jährige Witwe von einem Bachelter erschossen worden, der sich kurz nach der Tat durch einen Kopfschuß tötete. Seine Eltern sollen sich einer Ehe mit der um sieben Jahre älteren Frau widersetzt haben.

Hirschberg, 10. März. Der Förster Pohl aus Leierbauden bei Spindelmühl ist am Samstag nachmittag bei heftigem Schneesturm auf einer Schneeschuhtour in die Große Schneegrube gestürzt. Nach vergeblichem Suchen wurde heute die Leiche tief im Schnee vergraben gefunden.

Arosa, 10. März. Bei einer Skifahrt am Osthang des Brüggerhorn wurde der deutsche Tourist Graf v. Werthern von einer Lawine getötet. Das Unglück ereignete sich auf einer Skitour auf das Aroser Weißhorn. Der Graf und ein anderer Tourist überquerten den steilen Osthang des Brüggerhorns und lösten dort eine Lawine, die 200 Meter lang und an manchen Stellen eine Tiefe von 6 bis 8 Metern aufwies. Der Graf wurde mitgerissen und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der andere Tourist wurde von der Lawine nicht getroffen.

Paris, 11. März. Hier beurteilt man die Aussichten des neuen Kabinetts Briand im allgemeinen wenig günstig. — Ministerpräsident Briand ist gestern abend gegen 9 Uhr in Begleitung des französischen stellvertretenden Delegierten für die Völkerbundstagung, des Senators Dunn, nach Genf abgereist.

Warschau, 10. März. Im Artilleriedepot in Siedlec ereignete sich eine schwere Granatenexplosion, wobei zwei Soldaten ums Leben kamen und eine größere Anzahl Soldaten schwer verletzt wurde. Die Ursache der Explosion ist unbekannt.

Moskau, 10. März. Tschitscherin hatte gestern eine längere Unterredung mit dem polnischen Gesandten in Moskau. Tschitscherin erklärte, die Sowjetregierung werde gegen die Errichtung eines polnischen Militärpostens in Danzig auf das schärfste protestieren, da sie darin eine feindliche Haltung gegen Rußland sehe.

Schließung des Betriebs der Solbäder A.G. in Kreuznach.

Kreuznach, 10. März. Die heutige Generalversammlung der Kreuznacher Solbäder A.G. beschloß mit 5173 gegen 3577 Stimmen der vertretenen 50 Aktionäre, das Kurhaus und das neue Bäderhaus stillzulegen. Bürgermeister Fischer-Kreuznach protestierte energisch gegen diesen Beschluß und wies darauf hin, daß die Stadt sich bereit erklärt habe, den Badebetrieb zu pachten, um die Solbäder A.G. vor allen Verlusten aus der Zeitlage zu schützen. Weiter betonte der Bürgermeister, daß die Schließung des Betriebs der Solbäder A.G. nicht gleichbedeutend mit der Schließung des Bades sei, das vollkommen im alten Umfang weitergeführt werde. Es finden Kurkonzerte und Theatervorstellungen wie bisher statt.

Zustimmung des demokratischen Parteiausschusses.

Berlin, 10. März. Der demokratische Parteiausschuß faßte nach ausgedehnter Erörterung über die Frage der Fürstenabfindung folgende Entschließung: Der Parteiausschuß spricht den Parteivorsitzenden und der Reichstagsfraktion wärmsten Dank aus für die unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verbesserung des Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung entfaltet haben. Die Volksbewegung, die durch die maßlosen Ansprüche der Fürsten entfesselt wurde und deren Ende vorliegenden Gesetzentwurf zwar nicht die Ziele erreicht, aber einer erträglichen Regelung die Wege geöffnet. Der Parteiausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Kompromißparteien zu. Für den Fall, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstages für den jetzigen Gesetzentwurf infolge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuß die Regelung der Frage durch den Volksentscheid vor.

Die Parteien und das Abfindungskompromiß.

Berlin, 10. März. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat die für heute Mittwoch abend vorgesehene Fraktionssitzung, in der über die Frage der Fürstenabfindung entschieden werden sollte, abgesagt. Die Fraktion behält sich ihre Stellungnahme bis zum Abschluß der Verhandlungen im Rechtsausschuß vor. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hielt heute abend nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstags eine kurze Fraktionssitzung ab, in der sie dem Kompromiß zur Fürstenabfindung grundsätzlich zustimmte, jedoch ebenfalls ihre endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der Verhandlungen im Rechtsausschuß abhängig machte. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich gleichfalls mit dem von den Regierungsparteien aufgestellten Entwurf eines Kompromisses zur Frage der Fürstenabfindung beschäftigen. Es verlautet, daß innerhalb der Fraktion eine starke Minderheit sich für den Entwurf ausgesprochen hat, wenn an ihm noch einige Aenderungen vorgenommen werden.

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 10. März. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hatte mit Vertretern der Beamtenorganisationen eine Aussprache über Besoldungsfragen. Der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes erbat eine Aufklärung über die Stellung des Ministers zu einer allgemeinen Besoldungsreform. Dr. Reinhold erklärte, daß er die gegenwärtigen Verhältnisse für solche Reformmaßnahmen nicht für günstig halte und er lehnte daher jede Aenderung der Beamtenbesoldung ab. In Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftsschwierigkeiten könne er sich nicht für Gehaltserhöhungen einsetzen. Er sicherte aber zu, daß eine Kürzung der Gehälter und Pensionen nicht eintreten werde. Er erklärte sich bereit, für eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses einzutreten, wenn in Preußen die Mietsätze erhöht würden. Aus seinen Ausführungen ging ferner hervor, daß die Beamten zunächst nicht mit der Wiedereinführung der Vierteljahreszahlungen zu rechnen hätten.

Geßler über die „Schwarze Reichswehr".

Berlin, 10. März. Der Zeugenuntersuchungsausschuß des Reichstags hielt am Mittwoch eine kurze öffentliche Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Ausschuß noch nicht alles angeforderte Material zugegangen sei. Ueber das Kapitel „Schwarze Reichswehr" hat Reichswehrminister Dr. Geßler dem Ausschuß eine Denkschrift unterbreitet, in der er darauf hinweist, daß mit dieser angeblichen Organisation auf dem Wege über die in den Jahren 1922 und 1923 gebildeten Arbeitstrupps das Wehrkreiskommando 3, wiederholt auch die Reichswehr in Beziehung gebracht worden sei. Die Arbeitstrupps, aus der Not entstanden, seien seit Oktober 1923 aufgelöst. Der Begriff „Schwarze Reichswehr" stamme ursprünglich von völkischer Seite. In Uebereinstimmung mit dem Chef der Heeresleitung seien die Behauptungen, daß es sich dabei um militärische Formationen außerhalb der Reichswehr handle, sehr energisch abgelehnt worden. Generaloberst v. Seeckt habe eine Anregung zur Bildung einer deutschen Schwarzen Reichswehr ebenso scharf zurückgewiesen wie die Forderung, schwarzrotgoldene Bataillone zu bilden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. März. Der Reichstag tritt in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums ein. Ueber die Verhandlungen des Haushaltsausschusses berichtet Abg. Dr. Schreiber (Ztr.). In mehreren Entschließungen ersucht der Ausschuß die Reichsregierung, die Arbeiten zur Verwaltungsreform mit größter Beschleunigung zu Ende zu führen. Zunächst ergreift Reichsminister des Innern Dr. Külz das Wort zu einer groß angelegten innerpolitischen Rede, in der er u. a. ausführt, das Reichsministerium des Innern müsse die Zentralstelle alles innenpolitischen staatlichen Geschehens im Reiche sein. Die Grundlage aller Arbeit sei die Verfassung. Niemals habe das deutsche Volk eine stärkere Zusammenfassung seiner Energien gebraucht als jetzt. Deshalb müsse das einzelstaatliche Leben der Länder sich in den Dienst dieser Zusammenfassung stellen. Nach der Verfassung gehe die Staatsgewalt vom Volke aus und nicht von den Parteien. Deshalb müsse jede Partei sich ihrer Verantwortung vor dem ganzen Volke bewußt bleiben. Die notwendige enge Fühlungnahme zwischen den Abgeordneten und den Wählern sei bei der gegenwärtigen Listenwahl und bei der Größe der Wahlkreise nicht genügend gewährleistet. Die Regierung werde darum bestrebt sein, dem Hause brauchbare Vorschläge zur Abstellung offensichtlicher Mängel zugehen zu lassen. Der Festigung der deutschen Staatsordnung müsse auch die Tätigkeit der Beamtenschaft dienen. Zusammenfassung und dadurch Vereinfachung des ganzen Verwaltungsbetriebes sei das Gebot der Stunde. Soweit das Reich in Betracht komme, seien im Haushaltsausschuß die erforderlichen Maßnahmen angekündigt worden. Dann bespricht der Minister die kulturpolitischen Aufgaben des Reichs. Der Reichstag könne diese fördern durch endliche Verabschiedung des von ihm beratenen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Besondere Mittel würden zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs aufgewendet. Die neuen Konzessionen für den Ausschank geistiger Getränke müßten auf das äußerste beschränkt und der mißbräuchlichen Benutzung bestehenden Konzessionen rücksichtslos entgegengetreten werden. Das seit Monaten beratene Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund und gegen die Auswüchse der Lustbarkeiten komme hoffentlich demnächst in brauchbarer Verfassung heraus. Im deutschen Schulwesen mache sich ein ebenso starker wie noch ungeklärter Drang nach Reformen geltend. Die Lösung zu finden, sei die ungeheur schwierige Aufgabe des Reichsschulgesetzes. Das Reich unterstütze kulturwichtige wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmungen mit bedeutenden Mitteln und unterhalte selbst reichseigene wissenschaftliche Institute. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund werde hoffentlich auch die geistige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern fördern und das kulturelle Schicksal der deutschen Minderheiten erleichtern. Die kulturelle Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten sei ein besonders vornehmes Gebot. Abg. Sollmann (Soz.) verlangt eine umfassende Verwaltungsreform. Auch das Beamtenvertretungsgesetz solle schleunigst verabschiedet werden. Bezüglich der Einstellung der Beamten zur Republik erklärt er, daß die Beamten, die heute noch kein inneres Verhältnis zur Republik gefunden hätten, sondern sich an der Hetze gegen sie beteiligten, seien die schlimmsten Schädlinge an dem Gedanken des Berufsbeamtentums. Auf die Wahlreform eingehend, betont der Redner, wenn die sogenannte kleine Wahlreform auf Grund des Art. 48 oktroiert werden sollte, so werde seine Partei das als Verfassungsbruch und als Staatsstreich betrachten und darauf mit entsprechenden außerparlamentarischen Maßnahmen antworten. Mit einer Reform der Wahlkreiseinteilung sei sie einverstanden, lehne aber jede Heraufsetzung des Wahlalters ab. Eine Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten würde zu einer unerträglichen Ueberlastung der verbleibenden Abgeordneten führen. Abg. Berndt (Dn.) vermißt in der Ministerrede eine Begründung für die Verzögerung des Reichsschulgesetzes. Infolge der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht sei die körperliche Ertüchtigung der Jugend mit Eifer zu fördern. Statt der in den Etat eingestellte eine Million beantrage seine Partei drei Millionen zu bewilligen. Beschämend wirke die Bilderstürmerei, die Entfernung von Denkmälern und die Umbenennung von Straßen und Plätzen. Der Unfug der Parlamentsuntersuchungsausschüsse müsse aufhören. Der 18. Januar sei als Nationalfeiertag zu erklären. Die jetzige Reichsverfassung bedürfe dringend einer Revision im föderalistischen Sinne. Wenn die Tätigkeit unserer Politik dauernd durch Regierungskrisen erschüttert werde, so liege das an der schrankenlosen Parteiherrschaft. Das könne erst geändert werden durch Aufhebung der Verfassungsbestimmung, die die Regierung von einer Reichstagsmehrheit abhängig mache. Dadurch würde auch der Reichspräsident die ihm zukommende einflußreiche Stellung erhalten. Daneben brauchten wir eine erste Kammer, eine Art Oberhaus. Eine Wahlreform halte auch er für notwendig. Daß die Beamten sich innerlich mit dem Staat verbunden fühlen müßten, halte auch seine Partei für selbstverständlich, sie lehne aber die Forderung ab, daß jeder Beamte auch republikanisch denken müsse, weil das der Verfassung widerspreche. Ähnlich äußert sich Abg. v. Kardorff (D. Vp.). Abg. Wertz (Komm.) richtet Angriffe gegen den Minister des Innern. Abg. Petzold (Wirt. Ver.) bringt Wünsche auf Einführung des Gesundheitsunterrichts in den Schulen und auf Förderung des Turnwesens vor und erklärt zum Schluß, daß seine Partei die Regierung in dem Bestreben, die innere Ordnung zu festigen, unterstützen werde. — Darauf tritt Vertagung auf Donnerstag nachmittag 1 Uhr ein.

Kein Hindernis für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Genf, 10. März. Der Unterausschuß der Aufnahmekommission des Völkerbundes unter Vorsitz von Chamberlain hat heute Nachmittag in einer kurzen Sitzung seinen Bericht für die morgen vormittag zusammentretende Vollkommission fertiggestellt. Auf Antrag Chamberlains hat das Unterkomitee nach Entgegennahme des kurzen Berichts der ständigen Militärkommission des Völkerbundes beschlossen, von einer besonderen Anhörung eines Mitglieds der deutschen Delegation zur Aufklärung Abstand zu nehmen und in seinem Bericht festgestellt, daß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keinerlei Hindernisse entgegenstehen. Bei dem Nachmittagstee, der heute um 4 Uhr im Völkerbundsgebäude von Sir Eric Drummond den Ratsmitgliedern gegeben wurde, entwickelte sich eine lange Unterhaltung über die Klärung der Situation. Man kam zu dem Eindruck, daß die locarnistischen Besprechungen bisher ein günstiges Resultat nicht liefern konnte. Infolgedessen hält man es für besser, durch den Völkerbundsrat die endgültigen Entscheidungen zur Lösung der Völkerbundskrise vornehmen zu lassen. **Deutschland wird am Freitag in den Völkerbund aufgenommen.** Am Samstag findet die alleinige Aufnahme Deutschlands in den Rat statt. Am nächsten Dienstag schließt die außerordentliche Völkerbundstagung. Gleichzeitig dürfte eine Art Gentlemen Agreement zustande kommen, in dem unter Hinweis auf den Geist von Locarno Deutschland sich ebenso wie die anderen Ratsmächte bereit erklärt, alle im September anläßlich der Völkerbundsversammlung zu machenden Vorschläge die von der Studien-Kommission über die Weiterentwicklung des Rates ausgearbeitet werden sollen, in wohlwollende Erwägung zu ziehen. **Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dann im September Spanien einen ständigen Ratssitz erhalten und Deutschland dürfte die stillschweigende Vereinbarung eingehen, im September gegen die Zuerkennung eines nichtständigen Sitzes an Polen kein Veto einzulegen.** Die gewichtigste und wahrscheinlich endgültige Entscheidung des Rates, die heute abend gegen 7 Uhr zustande kam, macht eigentlich die Anwesenheit Briands hier überflüssig. Es wird nämlich erklärt, daß die Sache sozusagen unter Dach und Fach gebracht worden sei. Heute nachmittag fand eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und dem schwedischen Hauptdelegierten Unden statt. Am Abend fand ein Diner bei Chamberlain statt, zu dem die deutsche Delegation eingeladen ist und bei dem man auch den Geburtstag des deutschen Reichskanzlers feiern wird.

Konferenz der Locarno-Mächte.

Genf, 10. März. Um 1 Uhr war die Konferenz der Rheinpaktmächte beendet. Eine unübersehbare Menschenmenge wogte vor den Hotels auf und ab und die ganzen Hallen waren dicht gefüllt mit Journalisten und Völkerbundsbeamten. Zuerst erschien Vandervelde auf der Treppe. Sein Gesicht war stark gerötet, und erregt erklärte er einem Journalisten, daß die Verhandlungen infolge der französischen Stellungnahme einen sehr schweren Verlauf nehmen werden, daß aber eine Verständigung in Sicht sei. Auf der Treppe erscheinen nach Vandervelde Luther, Stresemann und Scialoja in angeregtem Gespräch. Scialoja sprach sehr eindringlich auf den Reichskanzler ein, der in französischer Sprache sagte: „Das alles wird aber doch sehr schwer gehen." Stresemann wurde im Foyer von verschiedenen Journalisten über den Stand der Situation befragt und sagte folgendes: „Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die Situation ist aber noch nicht geklärt, und ich glaube, es wird noch ein schweres Stück Arbeit geben." Allgemein herrscht der Eindruck, daß der französische Widerstand durch Paul-Boncour und Loucheur sich noch weit mehr verstärkt hat, als dies unter Briand der Fall war. Von englischer Seite wurde vorläufig die Erklärung gegeben, daß Chamberlain sich bemühe, die Parteien zusammen zu bringen.

Die Konferenzkreise kennen die heikle Lage der Franzosen. Daher wird die Frage diskutiert, auf welche Weise man die französische Niederlage abwenden könnte. Französische und polnische Delegierte üben die schärfsten Kritiken über das Genfer Arrangement. Eine französische Persönlichkeit sagte: „Wir begingen in Locarno den Fehler, daß wir die Frage der polnischen Kandidatur nicht offen erörterten. Skrzynski machte damals Briand den Vorschlag, vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge den Deutschen zu erklären, daß im Falle des Eintritts Deutschlands in Bund und Rat auch Polen ein ständiger Sitz zuerkannt werden müsse. Briand befürchtete aber, daß eine solche formelle Mitteilung an die Deutschen die Locarno-Konferenz zum Scheitern bringen würde. Skrzynski erhielt also die bekannte mündliche Zusicherung, auf die er sich jetzt stützt."

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage ist der haushälterische Umgang mit vorhandenen Vorräten nicht in das Ermessen der Einzelperson gelegt, sondern ein Allgemeinbedürfnis geworden. Die Lebenshaltung ist teuer, namentlich was Kleidung und Wäsche anbelangt. Gerade letztere kann nur durch sachgemäße Behandlung vor frühzeitigem Verschleiß und Unansehnlichkeit bewahrt werden. Bekanntlich leidet die Wäsche beim Waschen am meisten, da Reibarbeit u. mit zersetzenden Bestandteilen durchmischte Waschmittel zerstörend auf das Gewebe wirken. Die fürsorgende Hausfrau kennt keinen Waschtag, ohne den Beistand, den ihr **Dr. Thompsons Seifenpulver** mit dem Schwan, nach dem Gutachten zahlreicher namhafter Chemiker frei von schädlichen Stoffen, in vollendetem Maße gewährt.

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Feine Lederwaren,
Koffer und Reise-Artikel, Kinderwagen
zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt
Lederwaren-Kofferhaus **Wilhelm Broß, Pforzheim,** Ecke Zerrenner u. Baumstraße.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Konfirmanden-Anzüge preiswert u. gut sowie in größter Auswahl ❖ Konfektions-Haus Globus, Pforzheim, Westliche 38

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Nächster Sprechtag

Samstag, den 13. März 1926, vormittags 9 bis 11 Uhr.

Bezirksarbeitsamt Neuenbürg.

Stammholz- und Stangen-Verkauf.



Die **Gemeinde Arnbach** verkauft am **Dienstag, 16. März**, vormittags 9 Uhr, auf dem Rathaus in Arnbach im öffentlichen Aufstreich aus verschiedenen Waldabteilungen:

24 Stück **Eichen** mit 0,42 Fm. IV., 3,88 Fm. V., 1,55 Fm. VI. Klasse.
7 Stück **Birken** mit 1,68 Fm. V. und 0,83 VI. Klasse.
ferner
Baustangen: 76 Ia, 88 Ib, 64 II., 37 III. u. 4 IV. Kl.,
Hagstangen: 25 I., 57 II., 64 III., 29 IV. Kl.,
Hopfenstangen: 93 I., 179 II., 50 III., 58 IV., 118 V. Kl.,
Rebstecken: 46 I., 18 II. Klasse,
eichene Derbstangen: 23 Stück I., 1 II., 1 III. Klasse.

Losverzeichnisse durch Waldmeister König.
Liebhaber sind eingeladen.
Den 10. März 1926.

Gemeinderat.

Feldrennach.

Stammholz-Verkauf.



Die hiesige Gemeinde bringt im Submissionsweg nachstehendes Stammholz zum Verkauf:

Tannen-, Fichten-, Forchen- und Eichenstammholz

Distrikt III Abt. e, Dinkelrain:
1,01 Fm. IV., 0,88 Fm. V., 0,63 Fm. VI. Kl.; **Abschnitte:** 1,93 Fm. I., 6,10 Fm. II. und 19,23 Fm. III. Kl.

Distrikt V Abt. 2e, 3e, 4e, —, Pfinz.:
10,99 Fm. II., 56,21 Fm. III., 41,88 Fm. IV., 6,62 Fm. V., 0,52 Fm. VI. Kl.; **Abschnitte:** 7,21 Fm. I., 12,26 Fm. II., 30,05 Fm. III. Klasse.

Distrikt II Abt. d, Allmandfeld:
28,07 Fm. III., 24,09 Fm. IV., 20,17 Fm. V., 2,68 Fm. VI. Kl.; **Abschnitte:** 0,56 Fm. III. Kl.

Losverzeichnisse besorgt Waldhüter Kern. Die Angebote, welche sich auf die einzelnen Lose erstrecken müssen, wollen bis spätestens **Samstag, den 13. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr,** an das Schultheißenamt eingereicht werden.

Den 9. März 1926.

Schultheißenamt.

Beinberg, OA. Neuenbürg.

Jagd-Verpachtung



Die hiesige, 140 ha Feld und 158 ha Wald umfassende **Gemeindejagd** wird am **Samstag den 20. März**, nachmittags 2 Uhr, auf dem hiesigen Rathaus auf sechs Jahre verpachtet.

Nächste Bahnstation (Liebenzell) ist eine halbe Stunde vom Jagdgebiet entfernt.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 10. März 1926.

Schultheißenamt: Schaible.

Zwangsversteigerung.

Am **Freitag, den 12. März 1926, nachm. 3 Uhr,** verkaufe ich gegen Barzahlung in **Birkenfeld**

130 Stück Kamintürchen aus Kunstbeton.

Zusammenkunft am Bahnhof in **Birkenfeld.**

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Neuenbürg—Pforzheim.

Geschäfts-Empfehlung.



Empfehle mein reichsortiertes Lager in sämtlichen

Grabsteinen und Grabsteineinfassungen

in jeder Gesteinsart, spez. Granit; empfehle mich zugleich in der Ausführung von **Grab-Denkmälern,** sowie deren Reparaturen.

Bringe ebenfalls mein reichhaltiges Lager in Pforzheim in empfehlende Erinnerung.

Friedr. Martin, Grabsteingeschäft

Pforzheim, Salierstrasse 26/27.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Wegen der beginnenden Feldbestellung wird darauf aufmerksam gemacht, daß

Hausgeflügel

so zu verwahren ist, daß dasselbe fremden Feldern und Gärten keinen Schaden zufügen kann. Besondere Verwarnungen erfolgen von hier aus nicht.

In nächster Zeit werden in der Stadt durch die Schutzmannschaft die

Winkel, Dunglegen und Abortgruben

nachgesehen. Bei diesem Anlaß wird wiederholt darauf hingewiesen, daß es verboten ist, **Unrat** an andern Stellen als dem städt. Schuttplatz abzulagern; von der durch die Stadt gebotenen Gelegenheit der

Kehricht-Abfuhr

an den Samstag Nachmittagen gegen jährl. 5 R.-M. dürfte noch mehr Gebrauch gemacht werden. Anmeldungen bei der Stadtpflege.

Ortspolizeibehörde:
Knodel.

Langenbrand.

Einen sauberen

Stier



zum angewöhnen, sowie ein starkes

Läuferschwein,

unter zwei die Wohl. verkauft

Michael Keppler,
Holzhauer.

Liebe Hausfrau!

Die Zeiten sind schwer.
Das Haushaltsgeld ist knapp.
Die Butter ist teuer.
Sie müssen sparsam wirtschaften.
Das ist einfacher, als Sie glauben.
Sie geben für jedes Pfund Butter 2 Mark aus,
„Blauband" können Sie für die Hälfte kaufen.
Die anderen Hausfrauen tun es,
Sie sind restlos zufrieden.
Ihre Kinder erhalten zu jedem Pfund gratis die bunte Kinder-Zeitung „Die Blauband-Woche"
und sind glücklich darüber.
Kaufen auch Sie deshalb heute noch für:



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Freiw. Feuerwehr Neuenbürg.

Am **Samstag den 13. März**, abends 5 Uhr,

Uebung des ganzen Korps.



Vollzähliges und pünktliches Antreten ist in Anbetracht der bevorstehenden Besichtigung dringend notwendig.

Das Kommando.

Anläßlich unseres Wegzugs nach Hannover laden wir alle diejenigen von Neuenbürg und Umgebung, die uns im Laufe unseres mehr als 16jährigen Aufenthalts kennen gelernt haben und die gerne ein letztesmal mit uns zusammen sein möchten, zu einer gemeinsamen

Abschieds-Feier

am **Sonntag den 14. März**, abends 8 Uhr, im Gasthof zum **„Bären"** freundlichst ein.

Durch gütige Mitwirkung der Orchesterklasse der Musikschule von Herrn Musikdirektor Müller dürften uns noch einige gemütliche Stunden des Zusammenseins in Aussicht stehen.

Neuenbürg, den 10. März 1926.

Otto Moll, Eisenb.-Obersekretär
mit Familie.

Oscar Burghard, Pforzheim

Zerrennerstrasse 1—3. Telefon 163

Spezialgeschäft

für Gardinen jeder Art - Decorationsstoffe
Teppiche ▪ Läufer ▪ Vorlagen

Herrenalb.

Am nächsten **Sonntag, den 14 März, nachmittags 2 Uhr,** findet im **Gasthaus zum „Kühlen Brunnen"** eine

öffentliche Volks-Versammlung

statt. — Thema: **„Volksnot und Fürstenabfindung".**
Referent: Herr Landtagsabgeordneter **Oster-Stuttgart.**

Beeilen Sie sich,

wenn Sie nicht um die großen Vorteile meines

Total-Ausverkaufs

kommen wollen. Habe noch außergewöhnlich billig lagernd:

Zefirhemden, Sporthosen, Sommerjoppen, Goldschmiedsblusen.

J. Seubert, Neuenbürg,

Gräfenhausersteige.

Neuenbürg.

Verpachtung.

Verpachte den unteren Teil meines **Grundstücks** in Meistergärten und sehe gefl. Angeboten entgegen.

Eug. Seeger, Privatmann.

Herrenalb.

Habe 5 Meter

Spaltholz

zu verkaufen (beim Bahnhof Herrenalb), ebenso 5—6 Kubikmeter

Buchen-Dielen,

50 und 60 mm stark geschnitten.

Wilhelm Frey,
Zimmergeschäft.

Unterniebelsbach.

Einjähriges

Rind



ist zu verkaufen

Haus Nr. 32.

Unterniebelsbach.

Zwei erstklassige

Zucht-Kalbeln



sind zu verkaufen

Haus Nr. 15.

Sohn achtbarer Eltern

mit guter Schulbildung auf Ostern **gesucht.**

Gewerbebank Neuenbürg
G. m. b. H.

Für die

Konfirmation

sehr preiswerte Bestecke aller Art.

Scheren, Rasiermesser, Garnituren, Taschenmesser

usw.

P. Einsele, Pforzheim.
Zerrennerstr. 1.

Waldrennach.

Eine jüngere



Kuh

mit Kalb ist zu verkaufen

Haus Nr. 56.

Gräfenhausen.

Ein schönes, sieben Monate altes



Zucht-Rind,

Gelbscheck, hat zu verkaufen

Gottl. Becht.